

Heinz Nikelewski, Dipl. Ing.
- Fraktionsvorsitzender -



Buddenbaum 33
48231 Warendorf
Tel.: 02585-292

E-Mail: h.nikelewski@t-online.de

Warendorf, 13.05.2013

An die Redaktionen von
„Die Glocke“ und
„Westfälische Nachrichten“
48231 Warendorf

Stellungnahme der FWG zur Stromkonzession mit der Bitte um Veröffentlichung

Die FWG bestand von Anfang an darauf, bei der Übernahme des Stromnetzes das für Warendorf beste Ergebnis in punkto Wirtschaftlichkeit und Risikominimierung zu erzielen. Eine von uns durchgeführte Online-Umfrage bestätigte, dass wir damit richtig lagen. 26% wollten das wirtschaftlichste Angebot, 38% wollten kein Risiko. Nur 26% wollten einen kommunalen Partner, auch wenn dies teurer war (304 abgegebene Stimmen). Am Ende könnte sich auch dieser Wunsch erfüllen.

Seit 2010 haben wir zu diesem Thema die Öffentlichkeit informiert soweit das möglich war, angefangen von einem Bericht zum durchfließenden Strom, den jeder Anbieter selbst frei wählen kann bis zur Übernahme des Netzes durch einen Anbieter, der noch gefunden werden muss. Dabei verhandelt man logischerweise zunächst mit dem Unternehmen, dem das Netz gehört. Der FWG wäre aber auch das Konsortium aus Stadtwerken Münster und Osnabrück recht gewesen.

In den Prozess, die verschiedenen Angebote im Detail zu prüfen, haben wir viel Zeit und Sachverstand investiert. Die teuren Gutachten, die von den Bürgern bereits bezahlt wurden, haben uns dabei nicht wesentlich weitergebracht. Hier wurde viel Geld verbrannt, das wir besser für Kindergärten, Schulen und Spielplätze oder für unsere Senioren eingesetzt hätten.

Zahlen müssen allerdings weiterhin geheim bleiben, weil eine Veröffentlichung nach dem Energiewirtschaftsgesetz während des gesamten Prozesses und jetzt auch während der Ausschreibungsphase unzulässig ist und das gesamte Verfahren ungültig machen könnte. Aber alle Fraktionen wussten und wissen über Zahlen, Daten, Fakten Bescheid, bzw. sind gleich informiert worden. Wie man auf diesem Hintergrund dazu kommen konnte, das Bürgerbegehren zu unterstützen, vor allem bei der verwirrenden Fragestellung, bleibt unverständlich. So führten populistische Spekulationen sowohl zu falschen Voraussetzungen beim Bürgerbegehren als auch teilweise unverständlichen Zeitungsberichten.

Unser Bürgermeister reagierte zu Beginn äußerst emotional, vielleicht weil sein Wunsch Kandidat, damals die ETO, nicht wie von ihm geplant erster Verhandlungspartner war. Im Laufe der Verhandlungen mit RWE ließ er sich jedoch überzeugen. Der „böse Atomriese“ stellte sich als fair und sachorientiert dar. Die Gespräche wurden auf Augenhöhe geführt und das Ergebnis kann sich sehen lassen.

Daher sieht die FWG ihren Weg der Verhandlungen im Laufe der letzten Jahre voll bestätigt. Heute haben wir ein wirtschaftliches Angebot mit verminderten Risiken und mit Zahlen, die weder der Bürgermeister noch die anderen Fraktionen vor 3 Jahren je zu erwarten wagten. Und wir stehen kurz vor der erstrebten Rekommunalisierung, d. h. Betreiben des Stromnetzes durch ein städtisches Unternehmen. Die Ausschreibungsfrist, und hier beteiligt sich bekanntermaßen auch die WEV, endete am 13. Mai 2013.

So heißt es nun, weiterhin Angebote sachlich zu untersuchen, sie auf Wirtschaftlichkeit und Risiken hin zu überprüfen und weiterhin das Beste für unsere Stadt herauszuholen. Für vertrauensvolle Zusammenarbeit müssen dabei Rat und Aufsichtsrat der WEV gleiche Informationen vor allem bezüglich der Finanzierbarkeit haben. Die Frage nach Information für die Öffentlichkeit bleibt auch nach unserer Meinung bestehen, muss aber vor der Gesetzeslage zurückstehen. Die Warendorfer Bürgerinnen und Bürger haben ihre Vertreter im Rat dafür gewählt, dass sie nach bestem Wissen und Gewissen zum Wohle der Stadt arbeiten. Dessen können sie nicht nur bei der FWG gewiss sein.

Es grüßen Sie

André Wenning

-Vorsitzender der FWG Warendorf e.V.-

Heinz Nikelewski

-Fraktionsvorsitzender der FWG Warendorf e.V. –